

**Maximilian Baehring**

**Hoelderlinstrasse 4**

**D-60316 Frankfurt am Main**

**Fon: +49 / (0)69 / 17320776**

**Fax: +49 / (0)69 / 67831634**

**E-Mail: maximilian@baehring.at**

Maximilian Baehring Hoelderlinstrasse 4 D-60316 Frankfurt/M

vorab per Fax: +49 / (0)611 / 3276-8535

an (das „nicht ordentliche“)  
Verwaltungsgericht Frankfurt a.M.  
Adalbertstraße 18  
**D-60486 Frankfurt a.M.**

Frankfurt/M., 12. Juni 2015

**5 K 2215/15.F Bähring, Maximilian ./ . Land Hessen**

Also Humor haben sie ja. Ich wehre mich gegen einen ungerechtfertigten Verwaltungsgakt und noch bevor irgendetwas entschieden ist - es also wahrscheinlich ist dass das Land Hessen die Auseinandersetzung in letzter Instanz verliert - wollen Sie neben den Portokosten die mir für das Verfahren jetzt schon entstehen nun auch auch noch einen Vorschuß haben? Für eien Sache die Sie am Ende verlieren? Haben die damit noch nicht genügend unnötige Gebühren verursacht. Ich dachte immer die korrupten Frankfurter Polizisten **erpressten** durch die **bei der „Polizeiberatung“** partkizierte Vermittlung von **Schlosserdienstleistungen anstatt Verbrechensaufklärung** schon genügend „Schutzgeld“.

Um Kostenvorschuß entgehen stelle ich hiermit frist und formlos Antrag auf Prozesskostenhilfe. So lange nicht in letzter Instanz entschieden ist (Dauert meinen Erfahrungen mit Familiengerichten nach mal mindestens 14 Jahre) zahle ich erstmal gar nichts. Vielmehr fechte ich den Kostenentscheid eine Prozesskostenvorschusses hiermit noch vor Erhalt getrennt an. Glauebn sie mir, das geht!

Wäre das Vorgehen des Gerichtes auch nur im Ansatz rechtlich haltbar könntet man jemandem schon dadurch daran hindern Klage gegen einen ungerechtfertigten Verwaltungsakt einzureichen indem man ihm vorprozessual durch solchen Vorschuß(BETRUG?) regelrecht ausplündert so dass er sich mangels verbliebenen Vermögens und am besten noch nicht erteilter Prozesskostenhilfe nicht wehren kann. Ich bin von gerichteten einiges an Willkür und Grundrechtsbeugeung gewöhnt, aber das geht nun wirklich etwas zu weit.

Ws Fundamentalnormen angeht gibt es da eine Rechtsweggarantie in Artikel 19 Grundgesetz. Ich entscheide die nächsten Tage ob ich Befangenheitsantrag - wegen Aufbauens dieser UNSINNIGEN vorprozessualen Hürde - was ich einseitig parteisch befangen ansehen zurücknehme oder nicht den ich hiermit schonmal stelle. /-2-

Ihr Beschluß ist aber ganz sicher anfechtbar und zwar mindestens durch Verfassungsbeschwerde oder den Gang nach Strasbourg. Abgesehen davon ist zu prüfen ob die zugrundeliegende Vorschrift der Kostenfestsetzung gegen die Verfassung verstößt.

So lange eine Forderung strittig ist und so lange das nicht in letzter Instanz ausgefochten ist kann aus ihr keine Zahlung geltend gemacht werden. Das wissen Sie so gut wie ich. Sonst könnte man jemanden mit einer flut von Klagen überziehen und in die Insolvenz treiben ohne dass er sich gerichtlich wehren kann.

Ich verstehe ja daß die koksenden Abgeordneten für ihre Nutten und ihre Drogen dringend Geld benötigen - aber das ausplündern von HartzIV Empfängern ist hier sicher nicht der richtige Weg.

Warum laufen Faxe des Verwaltungsgerichtes Frankfurt a.M. eigentlich in Wiesbaden auf? Damit auch hier wieder erhöhte Kosten anfallen?

Einer Mediation stimme ich in keinem Falle zu. Ich hatte der Gegenseite ausreichend Möglichkeit gegeben ihren Unfug zurück-zuziehen.

Da ich Befangeheitsantrag gegen den kostenfestsetzenden Richter gestellt habe - weil ich unmöglich gegen einen mir unbekanntem Riche solchen Antrag stellen kann - bei erster Möglichkeit - kann sein Kostenfestsetzungsbeschuß gar nicht rechtskräftig werden weil er damit rückwirkend befangen ist. Hier will mal wieder einer sein Mütchen kühlen, wie die Beamten die mich mehrfach bedroht und zusammengeschlagen haben weil ich den Weg der Dienstaufsichtsbeschwerde und Strafanzeige wegen Polizeigewalt gewählt habe. Die sind nämlich stinkendfaul und bearbeiten Anzeigen wegen Offizialdelikten (schwer Körperverletzung /Raubüberfall /Mordversuch) gar nicht. Das Einterent der Tür war mal wieder so ne aktion um mir AUS RACHE Kosten zu verursachen. Und dagegen wehre ich mich ja.

Ich geh mit dem Kram zum Anwalt sobald ich ihren Schrieb habe und es kotzt mich an dass Leute wie sie der Staatskasse unnötige Gebühren verursachen dadruch dass Sie die Sache unnötig komolizieren. Solche Ausgaben - wie etwa ihr Gehalt und ihre Pension - sollte man besser einsparen, Richter Steier.

Gots gruß aus Deutsch and!

  
Maximilian Bähring

Einlieferungsbeleg  
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG  
Frankfurt am Main

88 8103 12.06.15 15:05

Sendungsnummer: RB 5127 4527 4DE  
Einschreiben Einwurf

Servicenummer National  
0228 433113  
Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr

Internet: [www.deutschepost.de/briefstatus](http://www.deutschepost.de/briefstatus)

Dank für Ihren Besuch.  
Deutsche Post AG

### Maximilian Baehring

Hoelderlinstrasse 4  
D-60316 Frankfurt am Main  
Fon: +49 / (0)69 / 17320776  
Fax: +49 / (0)69 / 67831634  
E-Mail: [maximilian@baehring.at](mailto:maximilian@baehring.at)

60316 Frankfurt/M

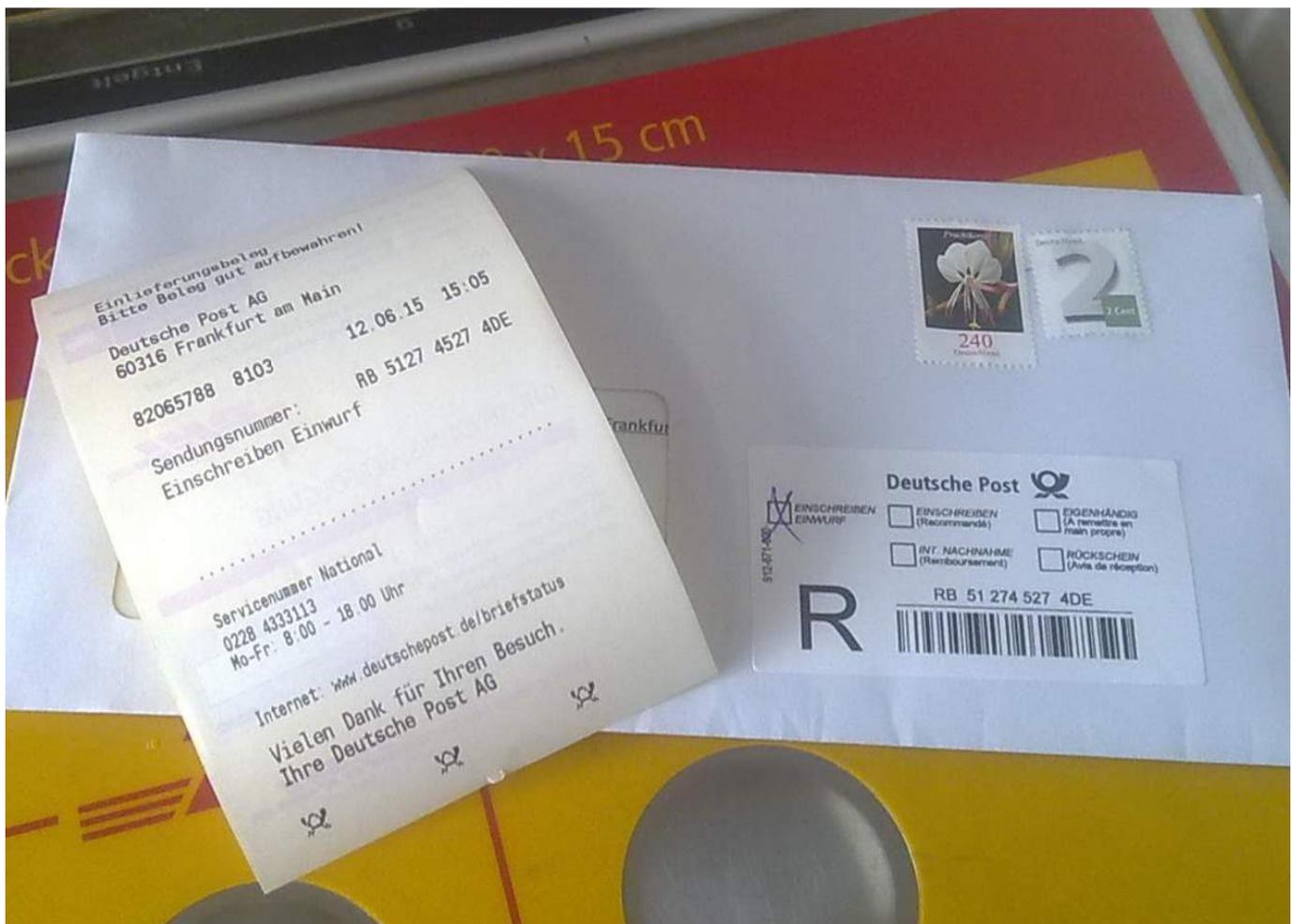
3276-8535

entliche")  
urt a.M.

Frankfurt/M., 12. Juni 2015

Maximilian ./ Land Hessen

Ich wehre mich gegen einen ungerech-  
t und noch bevor irgendetwas entscheiden ist  
- es also wahrscheinlich ist dass das Land Hessen die ausein-



**Maximilian Baehring**

Hoelderlinstrasse 4

D-60316 Frankfurt am Main

Fon: +49 / (0)69 / 17320776

Fax: +49 / (0)69 / 67831634

E-Mail: maximilian@baehring.at

Maximilian Baehring Hoelderlinstrasse 4 D-60316 Frankfurt/M

vorab per Fax: +49 / (0)721 / 9101-382

Bundesverfassungsgericht

Schloßbezirk 3

D-76006 Karlsruhe

Frankfurt/M., 12. Juni 2015

**Verfassungsbeschwerde: verletztes Grundrecht: „Rechtweggarantie“  
auf „Wirksame Beschwerde“ aus Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz**

**5 K 2215/15.F Bähring, Maximilian ./.. Land Hessen**

**Ich habe nach reiflicher mehrjähriger Überlegung einen Suizidversuch unternommen der leider deshalb nicht erfolgreich war weil man meiner Patientenverfügung zuwider handelnd versucht mich am Leben zu erhalten um mich weiter foltern und fianziell ausnehmen zu können.**

**Grund ist dass ich den permanenten Psychoterror und wie Willkür-gewalt hessischer Polizisten nicht mehr ertrage, respektive dass diese für ihr zusammschlagen von Bürgern einfach nicht zur Verantwortung gezogen werden.** Und eine seit mehr als einem Jahrzehnt kindesentführende Mutter meiner Tochter ebenso wenig welche dieselbe in einer esoterischen Sekte großzuziehen versucht was ich nicht Will und was Grund für die Trennung war. Letzteres hat man mir passenderweise an Heiligabend per Boten zustellen müssen bei mehr als 14 Jahren gerichtlicher Auseinandersetzung genau der passende Zeitpunkt. Beim Suizidversuch habe ich vorab allen Stellen eine Patientenverfügung zur Kenntnis gebracht die lebensverlängernde Maßnahmen untersagt und dafür sorgen soll dass der Versuch auch nicht gestört werd und erfolgreich ist.

Aber deutsche Polizisten foltern lieber weiter lassen einen nicht mal friedlich streben wenn man deren permanenten Psychoterror nicht mehr erträgt Stattdessen schlagen Sie einem GRUNDLOS (wiederholt übrigens) die Tür ein (Falschbeschuldigung der Drogennahme) und ihr Opfer (mich) dabei teilst schwerst zusammen. Und für solche Einsätze wollen die auch noch Geld haben. Und wenn man sich gegen den Gebührenbescheid gerichtlich zur Wehr setzen will soll man eben angeblich unanfechtbare Prozesskostenvorschüße zahlen oder eine eidesstattliche Versicherung abgeben mit der sei einen schon VORPREOZESSUAL - bevor die Rechtmäßigkeit einer Forderung geklärt ist - ausplündern können.

.../-2-

**Es verletzt die in Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz vorgesehene Rechtsweggarantie wenn ich mich in einem Verfahren in dem ich mich gegen eine unsinnige Forderung der öffentlichen Verwaltung wehre dadurch hieran gehindert wird dass dann die zu Unrecht erhobene Gebühr einfach zumindest teilweise als „Prozesskostenvorschuß“ erhoben wird. Wäre das zulässig könnte eine Behörde einen Bürger ohne jegliches Verfahren durch UNGERECHTFERTIGTE Bescheide für deren Abwehr er dann auch noch neben den ihm zu Unrecht entstehenden Portokosten für VORSCHÜSSE Gerichtsgebühren in Anspruch genommen werden können soll. Die Abwehr von BehördenWILLKÜR muß für den Bürger kostenfrei sein.**

Das kommt ansonsten der faktischen Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit und der Rechtsweggarantie gleich. Denn der Staat - im vorliegenden fall korrupte Beamte die ihr Mütchen kühlen wollen nachdem Sie fürs zusammenschlagen eins Bürgers angezeigt wurden- erhebt ja in jedem Falle vorher Gebühren auch wenn sie sich nach gerichtlicher Auseinandersetzung als ungerechtfertigt herausstellen würden. Damit könnte man - die Verfahrensdauern vor deutschen Gerichten berücksichtigt - jeden Bürger in den Ruin treiben!

Im vorliegenden Fall hatten Beamte dem Bürger die Tür eingetreten weil sie wohl befürchtet haben wegen Mord angeklagt zu werden wenn das Opfer der massiven Gewalt dem nachweislichen Psychoterror - die Anzeigen wegen schwere Körperverletzung gegen die Beamten wurden nicht entgegengenommen und später nachdem ich eine Entgegennahme erwirkt hatte nicht bearbeitet, Gerichtspost wurde falsch adressiert damit Sie von den Angezeigten abgefangen werden konnte (ich befände mich angeblich im Polizeikrankenhaus, dort wo sie mit gefälschten Betreuungsvollmachten Zugriff auf die Post haben) - nicht mehr standhält und sich das Leben nimmt. Aktenzeichen 992 BS 7/13 Amtsgericht Frankfurt a.M.. Die Beamten haben mehrfach meine Wohnungtür eingetreten um mich einzuschüchtern nachdem ich Sie strafangezeigt hatte (Aktenzeichen 3 ZS 1795/08 Generalstaatsanwalt Frankfurt a.M. aus 2008) mich NACHWEISLICH des Drogenkonsums FALSCH-BESCHULDIGT zu haben. Auch meine Briefpost haben Sie unterschlagen das habe ich gemerkt und erstmals nachweisen können als Wahlbenachrichtigungskarten fehlten und die PIN/TAN Listen die mir die Spar-kasse zusenden wollte. Ich hatte mit einer gültigen Patientenverfügung vorgesorgt die medizinisch lebensverlängernde Behandlung ausschließt dass sein Suizidversuch erfolgreich ist. Die Beamten haben sich also nicht an die Ihnen ausdrücklich zur Kenntnis gebrachte (zeitnah zum Ereignis nochmals) Patientenverfügung gehalten.

Wenn das Schule macht dann werden in Zukunft wohl auch bald Nieren von lebenden Menschen gegen deren Willen geklaut denen man einfach unterstellt sie befänden sich im Zustand drogeninduzierter geistiger Umnachtung wenn sie sich gegen eine Organspende aussprechen.

Immerhin hatte man ja in der Presse angeregt bevor jemand H(artz)IV erhalte könne man ihn ja ZWINGEN seien Organe zu verkaufen.

Der Willkürakt gegen den ich mich wehre ist Rechnung für eine von den Beamten mal wieder eingetretne Tür. Ich habe das als Sachbeschädigung straf angezeigt. Gegen die Rechnung klage ich. Und für die Klage wollen sie jetzt auch noch Prozesskostenvorschüsse erpressen **was einem Zwang zum unterlassen der Rechtsmitteleinlegung gleichkommt.**

Daß ich während meines Zivildienstes sexuell mißbarcuht wurdd haben Sie übrigens auch nicht aufklären wollen die korrupten Bullenschweine.

Erst foltern Sie einen per jahrzentelangem Psychoterror in den Selbstmordversuch und dann wenn sie soweit Erfolg haben wollen sie einen noch künstlich am Leben erhalten weil sie einen noch nicht sadistisch genug foltern und einem vor allem noch nicht genügend Geld abnehmen konnten. Das soll „Freiheit“ sein.

Gots gruß aus Deutsch and!



Maximilian Bähring

PS: Vergasen von Juden war in Deutschland auch mal VOLLKOMMEN legal! Da sieht man was man von der deutschen Justiz zu halten hat die eine wie die STASI/GESTAPO agierende Polizei auch noch in Schutz nimmt.

Ansatt mir etwas zu Essen kaufen zu können muß ich nun wieder mein H(artz)IV für Eiscshreibebriefe ausgeben weil Gerichte sonst frech behaupten sie bekämen meine Post nicht. Denn Eingangsbestätigungen aus denen hervorgeht was sie wann erhalten haben bekomme ich grundsätzlich nicht.

Protokoll für  
Baehring, Maximilian  
+49 (0)69 67831634  
13.06.2015 17:05

HP Photosmart 2610 Series  
Drucker/Fax/Kopierer/Scanner

Letzte Transaktion		Identifizierung	
Datum	Uhrzeit	Typ	Fax ges.
13.06	17:03	17:03	17:03
Letzte Transaktion		Identifizierung	
Datum	Uhrzeit	Typ	Fax ges.
13.06	16:55	16:55	16:55
Letzte Transaktion		Identifizierung	
Datum	Uhrzeit	Typ	Fax ges.
13.06	16:55	16:55	16:55

Identifizierung  
0611327618535

Datum Uhrzeit Typ Fax ges.  
13.06 17:03 17:03 17:03

Letzte Transaktion		Identifizierung	
Datum	Uhrzeit	Typ	Fax ges.
13.06	16:55	16:55	16:55
Letzte Transaktion		Identifizierung	
Datum	Uhrzeit	Typ	Fax ges.
13.06	16:55	16:55	16:55

Dauer

5:38

11

OK

Seiten

11

Ergebnis

OK

HP Photosmart 2610 Series  
Drucker/Fax/Kopierer/Scanner

Protokoll für  
Baehring, Maximilian  
+49 (0)69 67831634  
13.06.2015 17:00

Einlieferungsbeleg  
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG 60313 Frankfurt  
am Main  
82061477 3370 13.06.15 18:57  
Sendungsnummer: RT 8658 4096 4DE  
Einschreiben Einwurf

## Maximilian Baehring

Hoelderlinstrasse 4  
D-60316 Frankfurt am Main  
Fon: +49 / (0)69 / 17320776  
Fax: +49 / (0)69 / 67831634  
E-Mail: maximilian@baehring.at

Ma ..... /M

vo  
Bu  
Sc  
D-  
Internet: [www.deutschepost.de/briefstatus](http://www.deutschepost.de/briefstatus)

Internet: [www.deutschepost.de/briefstatus](http://www.deutschepost.de/briefstatus)

Vielen Dank für Ihren Besuch.  
Ihre Deutsche Post AG



Frankfurt/M., 12. Juni 2015

Grundrecht: „Rechtweggarantie“  
Art. 19 Absatz 4 Grundgesetz

5 K 2215/15.F Bähring, Maximilian ./ . Land Hessen

Ich habe nach reiflicher mehrjähriger Überlegung einen Suizidversuch  
unternommen der leider deshalb nicht erfolgreich war weil man meiner  
Patientenverfügung zuwider handelnd versucht mich am Leben zu

**Maximilian Baehring**

Hoelderlinstrasse 4

D-60316 Frankfurt am Main

Fon: +49 / (0)69 / 17320776

Fax: +49 / (0)69 / 67831634

E-Mail: maximilian@baehring.at

Maximilian Baehring Hoelderlinstrasse 4 D-60316 Frankfurt/M

vorab per Fax: +49 / (0)69 / 1367-2100

Staatsanwaltschaft  
Konrad Adenauer Straße 20

D-60313 Frankfurt a.M.

Frankfurt/M., 15. Juni 2015

## **Strafanzeige**

**Korruption und in die eigene Tasche wirtschaften,  
hier am Beispiel überhöhter Schlosserrechnungen**

Da hat der korrupte „Winkler“ noch gemeint er müsse einem Schlosser ein zusätzliches Weihnachtsgeld verschaffen auf meine Kosten. Ich ersatte Strafanzeige wegen des Betruges mit einer viel zu hohen Rechnung die mir auch gar nicht zur Prüfung vorliegt. Vielmehr versucht die durch und durch korrupte Polizei die ja auch Schlossern Aufträge verschafft indem sie keine Einbrüche aufklärt sondern stattdessen „Shops“ mit „Polizeiberatung“ (am OLG) betreibt in welcher Sie den Bürgern die Opfer einer Straftat werden auch noch zu allem Überfluß versucht Leistungen der Schlosserinnung aufzunötigen.

Wir wissen ja dass die Beamten Meldergeister fälschen und permanent die Bürger provozieren, sie falsch beschuldigen, verdächtigen und auf das allerübelste verleumden! Abgesehen davon Schützen Sie Totschläger, Mörder und Kinderschänder vor Strafverfolgung - warum wohl - selbst beteiligt?

Ich erstatte also gegen den Beamten Winkler neben der bereits erstatten Strafanzeige wegen Sachbeschädigung auch noch Anzeige wegen des Verdachtes auf Korruption und Betrug.

Gots gruß aus Deutsch and!



Maximilian Bähring

Letzte Transaktion

<u>Datum</u>	<u>Uhrzeit</u>	<u>Typ</u>	<u>Identifizierung</u>	<u>Dauer</u>	<u>Seiten</u>	<u>Ergebnis</u>
14 06	4:41	Fax ges.	06975580808	0:23	1	OK

Letzte Transaktion

<u>Datum</u>	<u>Uhrzeit</u>	<u>Typ</u>	<u>Identifizierung</u>	<u>Dauer</u>	<u>Seiten</u>	<u>Ergebnis</u>
14 06	4:39	Fax ges.	06975580808	0:43	0	Fehler 421*

\* Während der Faxübertragung ist ein Kommunikationsfehler aufgetreten.  
Wenn Sie senden, versuchen Sie es erneut und/oder rufen Sie an, um sicherzustellen, dass das Empfänger-  
Faxgerät empfangsbereit ist. Wenn Sie empfangen, wenden Sie sich an den  
Absender und bitten Sie ihn, die Dokumente erneut zu senden.